



Frustriert vom Provinzialismus der Politik und dem Mangel an Kommunikation unter den Bonner Eliten, plädiert der Journalist Johannes Gross für die Herausbildung eines urbaneren und kosmopolitischeren Politikstils in Berlin, der der gewachsenen Bedeutung der größeren Bundesrepublik entspricht.

---

## Die Hauptstadt

[ . . . ]

Bonn, die Hauptstadt ohne alle historische Voraussetzung, sich am meisten der Nähe zur Wohnung des alten Adenauer verdankend, war ein Symbol für eine den Deutschen höchst erwünschte Diskontinuität der deutschen Geschichte. Ihr Name schien schon dafür zu bürgen, daß keine deutsche Machtpolitik mehr betrieben werde, daß überhaupt die Politik von nun an eher idyllisch als gefährlich sein werde und keiner übertriebenen Beachtung wert; Politik war nicht das Wichtigste im Leben der Nation.

Dem hat der Bonner politische Stil entsprochen. Die Politik lebte wie eine Einquartierung in Bonn, isoliert vom altstädtischen Treiben, nur die Beamten ansässig und in ihren Neubauten auf engem Raum einen In-sich-Verkehr pflegend. Die Parlamentarier suchten die Hauptstadt nur in Sitzungswochen auf – vom Montagnachmittag bis zum Freitagmittag –, wohnen ohne Familie in Kleinappartements und verbringen ihre Freizeit in den vielen Stätten, die für sie bereitgehalten werden und wo sie wenig oder gar nichts zahlen müssen. Ein Kontakt zur Welt außerhalb von Fraktion, Parlament, heimatlicher Landesvertretung oder nahestehendem Interessenverband ist regelmäßig nicht vorgesehen. [ . . . ] Es folgt, daß der Bonner politische Stil immer einer der Selbstisolation in der Politik von der Gesellschaft war, auch der Selbstisolation ihrer Mitglieder untereinander. In Bonn gemachte Politik war darum immer vermittelt, durch förmliche Konferenzen, durch Presseerklärungen, deren Adressat oft nicht die Öffentlichkeit, sondern jemand war, der unter anderen Verhältnissen informeller Gesprächspartner hätte sein können, und durch die Alimentierung der Medien.

Das zweite konstitutive Element des Bonner Stils war die Abwesenheit von Volk. Bonn ist eine mittelgroße Stadt, dominiert von Bundespersonal, der Universität mit ihren Professoren und

Studenten; im übrigen die Einheimischen, die es überall gibt und die die Leistungen des täglichen Lebens erbringen. Es gibt so gut wie keine Arbeiterschaft, weil die großen Betriebe fehlen; eine Fahnenfabrik ist noch außerhalb bekannt und der Hersteller einer stattlichen Menge von Gummibärchen; auch kocht einer Eierlikör. Bonn kann Probleme der Wirtschaft oder des Arbeitsmarktes nicht als eigene wahrnehmen. [ . . . ]

Die Bundeshauptstadt Berlin wird einen politischen Stil hervorbringen, der von Grund auf anders ist. Mit dem Namen Berlin wird sich das Stichwort provinziell nicht verknüpfen lassen, das Bonn immer anhaftete – zu Unrecht, weil die in Bonn veranstaltete Politik von Adenauer an keineswegs provinziellen Zuschnitt hatte, sondern in Effizienz und Ergebnis neben der Politik, wie sie in großen Hauptstädten gemacht wurde, sehr wohl bestehen konnte. In München, Frankfurt und Hamburg wurde das Bonner Treiben als provinziell empfunden, doch nicht wahrgenommen, daß diese Städte selbst in Wahrheit provinziell waren, freilich nur in politischer Hinsicht. Dort war die politische Naivität zu Hause, die sich für tugendhaft überlegen hielt, dort standen die Stammtische, an denen kraftlos moralisiert wurde, nicht in Bonn. Dennoch: das mit zunehmender Behendigkeit sich wiederherstellende metropolitane Flair und der Charakter Berlins werden das Odium der Provinzialität nicht zulassen.

Zugunsten der neuen und alten Hauptstadt ist vorab die schlichte Wahrheit festzustellen, daß in den nächsten Dezennien Berlin nur gewinnen, jede andere deutsche Großstadt nur verlieren kann. Eine zweite schlichte Wahrheit ist allerdings gleich anzufügen: jede Hauptstadt wird von politischem Substanzverlust bedroht; und die europäische im besonderen. Solange der Kapitalmarkt weltweit und frei ist, wird es keine Regierung mehr geben, die in altgewohnter Weise noch Herrin einer nationalen Volkswirtschaft wäre, und die europäische Einigung hat unabweisbar den Verlust von Zuständigkeiten im Gefolge, die zunehmend auch alles Außerökonomische entleeren, selbst wenn noch auf lange Zeit der Einigungsprozeß formell Außen- und Sicherheitspolitik nicht umfaßt. [ . . . ]

Doch wird den Hauptstädten, Berlin darunter, ein beträchtliches Reservat des Politischen bleiben. Die Inneneinrichtung der Staaten wird in ihnen festgelegt, und auch die Deutschen werden, weil die anderen ihre Seele nicht zur Disposition stellen wollen, endlich von dem in Bonn nicht selten spürbaren Drang ablassen, möglichst viel vom Eigenen nach Europa zu delegieren, sich selber von Politik zu dispensieren (was sich auch darin gezeigt hat, daß wir das kleine Personalkaliber für die europäischen Instanzen bevorzugen und uns damit von bedeutenderem Einfluß freistellen). Berlin wird ebenso Hauptstadt werden, wie es Paris und London sind. Unsere Hauptstadt hat solide kulturelle Fundamente, aber nicht ausreichende gesellschaftliche und ökonomische und so gut wie keine ungebrochene Tradition, die fortzusetzen wäre. Die Stadt, die die Wiedervereinigung mühsamer verarbeitet als das Land im ganzen – die wechselseitige Abneigung der weniger subsidierten westlichen Kleinbürger und der noch nicht hinreichend subsidierten östlichen mag noch Jahrzehnte anhalten –, beginnt in der neuartigen Situation, nicht mehr zugleich Hauptstadt des größten Teilstaates zu sein. Die Existenz Preußens war vom alliierten Kontrollrat 1947 förmlich beendet worden, womit er aber

bloß den Totenschein ausgestellt hatte, da die preußische Geschichte spätestens mit dem »Preußenschlag« des Reichskanzlers von Papen 1932 ihr Ende gefunden hatte [ . . . ]

Mit ihrem Umzug nach Berlin kommt die Binnenisolation der deutschen Politik zu ihrem Ende. Zu den Funktionen einer großen Hauptstadt hat immer die gehört, nicht nur die Arena von Entscheidungen zu sein, sondern der erste Ort der öffentlichen Meinung eines Landes und die Börse, an der politische und gesellschaftliche Ideen gehandelt und bewertet werden und wo die Eliten des Landes sich messen. Wort und Begriff der Elite sind im Egalitätswahn der Deutschen nach dem Krieg in Verruf geraten: Gleichheit mehr als Freiheit hielten sie für die Quintessenz des Demokratischen und schleppten damit gutwillig-unbewußt ein Erbe der Volksgemeinschaft der Nazis weiter. Es ist auch richtig, daß sie über alte Eliten, die über alle Wechsel der politischen Form hinweg einen Dienst am Gemeinwohl als lohnenden Auftrag empfinden, nicht mehr verfügen; gleichwohl haben sie als unvermeidliches Ergebnis der gesellschaftlichen Selektion und der persönlichen Leistung die verschiedensten Eliten, die den Comment, die Konventionen und meist auch die Ergebnisse des gesellschaftlichen Handelns in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur bestimmen. Für die alte Bundesrepublik war die Kommunikationsschwäche unter den Eliten kennzeichnend, weil es eine Vielzahl von Zentren, aber eben keine Hauptstadt im Vollsinn des Wortes gegeben hat.

[ . . . ]

Berlin wird nämlich nicht nur Hauptquartier der Bundespolitik sein, sondern auch Lebensmittelpunkt der sie gestaltenden Personen werden. Vordem hatte es wenig Reiz für Minister und Parlamentarier, sich und ihre Familien in der Hauptstadt auf einige Dauer niederzulassen und dafür angenehme Ortschaften, die leicht mehr bieten konnten, als Bonn vermochte, aufzugeben. Die großen Verbände, auf den Kontakt zur Bundesgewalt ständig angewiesen, werden ihre Umzüge *uno actu* bewerkstelligen, auch die umfassen, die sich nie die Mühe gemacht hatten, sich in Bonn niederzulassen, wie der DGB. Berlin wird herstellen, was die Bundespolitik bisher nicht kannte: volle politische Arbeitswochen und geselligen Verkehr des politischen Talents, wie er für alle wirklichen Hauptstädte der Welt charakteristisch ist.

Für die großen Veranstalter im Reich der öffentlichen Meinung hatte es zu Bonner Zeiten keinen Anreiz gegeben, ihre Pflanzstätte zu verlassen und in die Hauptstadt zu gehen. Von Hamburg oder München aus mochte man dem Bonner Treiben wohlwollend oder geringschätzig zusehen; ein patronisierendes Verhältnis zur politischen Anstrengung der in Bonn domizilierenden Verfassungsorgane war nicht unnatürlich; ein Sitz oder Erscheinungsort Bonn steigerte kein Prestige, sondern minderte es. Für Berlin wird gemach das Umgekehrte gelten – eine Publikation mit nationalem, gar europäischem Anspruch wird ihn weniger glaubwürdig realisieren können, wenn sie nicht in Berlin erscheint. Berlin wird für die öffentliche Meinung Deutschlands New York und Washington in einem sein. Das Hollywood Deutschlands, das die Stadt einmal gewesen ist, wird es nur spurenhafte werden; für die Unterhaltungsindustrie ergibt sich fürs erste keine überwältigende Motivation, sich auf Berlin zu konzentrieren.

[ . . . ]

Die erste Wanderungsbewegung der Vorstände wird aber schon genügen, neben den Großverbänden und den Hunderten von kleinen eine für die Veränderung der politischen Kommunikation hinreichende Präsenz der Wirtschaft zu stellen. Abgesehen von den überregionalen Medien, die gewiß nicht nur Redaktionen nach Berlin umtopfen, sondern auch die verlegerischen Aktivitäten, wird sich die Frage der Rückkehr nach Berlin sehr rasch für die Vielzahl der Unternehmen stellen, die den Namen der Hauptstadt in ihrem eigenen führen und in der Zeit der Teilung geflüchtet waren. Hinzu treten gleich jene, für die die geschäftliche Beziehung zur Bundesregierung als Auftraggeberin geschäftswesentlich ist. [ . . . ]

Der Umzug großzügig entlohnter Wirtschaftsleute bringt noch kein Großbürgertum von Besitz und Bildung in die Stadt, doch eine Schicht, die es werden kann und sogleich seine Funktion erfüllt – Leute, die nicht nur ein Haus haben, sondern es auch öffnen. Das ist eine unabdingbare Voraussetzung von Geselligkeit und Gesellschaft, an die sich auch politisches und akademisches Personal gewöhnen und anpassen wird. Das neue Geld kommt der Gastronomie zugute, die bislang einen weltstädtischen Anstrich nicht hat, und wird dazu beitragen, die Vulgarität im Straßenbild allmählich zu korrigieren. Erst mit diesem Umzug wird der Kurfürstendamm eine Chance haben, mit dem Faubourg St. Honoré, der Fifth Avenue vergleichbar zu sein. Zugleich gewinnt Berlin ein Publikum wieder, das mit einer Presse versorgt sein möchte, die sich mehrsilbig auszudrücken nicht scheuen muß. Wer den bisherigen Zustand der Berliner Publikationen beklagt, übersieht die große Leistung, die darin gelegen hat, ohne eine hauptstädtisch gestimmte und gebildete Leserschaft überhaupt Zeitungen hervorzubringen, die Beachtung finden konnten.

Die Deutschen, die sich an die Bonner politische Wirklichkeit durch drei Generationen gewöhnt hatten, müssen noch lernen, daß sie die Ausnahme war und daß die berlinische normal sein wird. Im hauptstädtischen Dialog der Führenden und Einflußnehmenden in Politik, Wirtschaft und Medien, der den Hauptstädten alltäglich und selbstverständlich ist, werden auch einige Malaisen verschwinden, unter denen die Bundesrepublik nur deshalb nicht gelitten hat, weil sie sie kaum bemerkte. Dazu gehört die Sprachlosigkeit der Eliten untereinander wie im Umgang mit der demokratischen Öffentlichkeit. Es gehört dazu die für eine große Industrie- und Exportnation nicht hinnehmbare Wirtschaftsfremdheit der Politiker wie die ebenso schädliche politische Naivität, die das Gros der deutschen Unternehmer prägt. Vor allem gehört dazu der Abstand zwischen Medienbetreibern und der Politik wie der Wirtschaft.

Quelle: Johannes Gross, *Begründung einer Berliner Republik. Deutschland am Ende des 20. Jahrhunderts*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1995, S. 85-94, 97, 98-99.

Johannes Gross, *Begründung einer Berliner Republik*.  
© 1995 Deutsche Verlags-Anstalt, München,  
in der Verlagsgruppe Random House GmbH